

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Umwelt und Verkehr**

### **Klimaschutzprogramm des Landes**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

1. wie sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den einzelnen Sektoren seit Verabschiedung des Umweltplans in Baden-Württemberg entwickelt haben;
2. wie sie mit dem Fakt umzugehen gedenkt, dass es ihr bislang nicht gelungen ist, dem selbst gesteckten Ziel, nämlich die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land von 77 Mio. Tonnen (Stand 2000) auf unter 70 Mio. Tonnen (bis zum Jahr 2005 ) zu reduzieren, in entscheidendem Umfang näher zu kommen;
3. was sie vor dem Hintergrund von 22,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>, die im Jahr 2000 auf das Konto des Straßenverkehrs gingen, das im Umweltplan formulierte Ziel erreichen will, im kommenden Jahr eine Abnahme der verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 10% gegenüber dem Wert von 1987 (17,6 Mio. Tonnen) zu erzielen;
4. wie sie es angesichts des bisherigen Scheiterns ihrer Klimaschutzpolitik verantworten kann, dass zwei wesentliche Eckpfeiler ihres Maßnahmenkatalogs, nämlich das „Energiesparprogramm Altbau“ und das „Demonstrationsprogramm zur rationellen Energienutzung“, in den letzten Jahren drastisch zusammengestrichen wurden;
5. welche Mittel in den Klimaschutzprogrammen des Landes aktuell zur Verfügung stehen und inwieweit diese Mittel ausreichen, um alle eingehenden Anträge zu bedienen;

6. inwieweit die Landesregierung die Meinung teilt, dass eine ökologische Steuerreform die Rahmenbedingungen für einen rationelleren Energieeinsatz und damit für die Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verbessern kann, und was sie in dieser Hinsicht initiieren wird;
7. welche Initiativen die Landesregierung bislang mit dem Ziel die Energieeffizienz zu steigern und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken auf den Weg gebracht hat und inwieweit daran gedacht ist, weitere Maßnahmen zu ergreifen;

II.

dem Landtag endlich den Entwurf eines Klimaschutzprogramms vorzulegen, das geeignet ist, die im Umweltplan verankerten Ziele auch tatsächlich zu erreichen.

27.07.2004

Dr. Witzel, Boris Palmer, Kretschmann  
und Fraktion

#### Begründung

Die Landesregierung hat sich im Umweltplan das Ziel gesetzt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen von 77 Mio. t/a im Jahr 2000 auf unter 70 Mio. t/a bis zum Jahr 2005 bzw. auf unter 65 Mio. t/a bis zum Jahr 2010 zu senken.

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit immer wieder die herausgehobene Bedeutung einer wirksamen Klimaschutzpolitik betont. Die Zahlen des Statistischen Landesamts machen aber bereits heute deutlich, dass mit den bislang eingeleiteten Maßnahmen die oben erwähnten Ziele weit verfehlt werden. Wir halten es deshalb für unabdingbar, dass möglichst rasch ein grundlegend überarbeitetes, wirksames Klimaschutzprogramm vorgelegt wird.

#### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 19. August 2004 Nr. 22-4500.2/38 nimmt das Ministerium für Umwelt und Verkehr im Einvernehmen mit dem Innenministerium, dem Finanzministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*I. 1. wie sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den einzelnen Sektoren seit Verabschiedung des Umweltplans in Baden-Württemberg entwickelt haben;*

Zu I. 1.:

Im Folgenden sind die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen seit Verabschiedung des Umweltplans im Jahr 2000 in Baden-Württemberg sowie zum Vergleich die der Jahre 1990 und 1995 dargestellt (Angaben des Statistischen Landesamtes in tausend Tonnen):

Jahr	CO <sub>2</sub> -Emissionen insgesamt	davon				
		öffentliche Wärme-Kraftwerke	industrielle Feuerungsanlagen	Haushalte und sonstige Kleinverbraucher	Straßenverkehr	sonstiger Verkehr
1990	74.374	17.049	15.245	20.679	19.128	2.273
1995	78.074	17.221	14.335	22.774	21.904	1.841
2000	74.940	16.844	11.652	21.731	22.965	1.748
2001	80.180	20.072	11.400	24.420	22.653	1.563
2002	78.480	20.127	12.349	22.082	22.388	1.535

*I. 2. wie sie mit dem Fakt umzugehen gedenkt, dass es ihr bislang nicht gelungen ist, dem selbst gesteckten Ziel, nämlich die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land von 77 Mio. Tonnen (Stand 2000) auf unter 70 Mio. Tonnen (bis zum Jahr 2005) zu reduzieren, in entscheidendem Umfang näher zu kommen;*

Zu I. 2.:

Im Zeitraum 1990 bis 2002 sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Baden-Württemberg bei jährlichen, vorrangig witterungsbedingten Schwankungen im Mittel mit rund 78 Mio. Tonnen (t) nahezu konstant geblieben. Die stagnierende Entwicklung auf Landesebene bedeutet, dass sich Baden-Württemberg trotz einer Vielzahl ergriffener Minderungsmaßnahmen nicht von dem auf Bundesebene in den letzten Jahren ebenfalls stagnierenden Trend abkoppeln konnte. Allerdings ist es trotz einer erheblichen Bevölkerungszunahme um 7,4% zwischen 1991 und 2002 gelungen, die Pro-Kopf-Emissionen in Baden-Württemberg zwischen 7 t und 8 t pro Jahr zu halten (2002: 7,4 t). Dieser Wert liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 10,3 t.

*I. 3. was sie vor dem Hintergrund von 22,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>, die im Jahr 2000 auf das Konto des Straßenverkehrs gingen, das im Umweltplan formulierte Ziel erreichen will, im kommenden Jahr eine Abnahme der verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 10% gegenüber dem Wert von 1987 (17,6 Mio. Tonnen) zu erzielen;*

Zu I. 3.:

Der Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Straßenverkehr hat zwischen 1990 und 1999 in Baden-Württemberg um rund fünf Prozentpunkte zugenommen. Seither ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Zunahme der Verkehrsemissionen entspricht der Entwicklung auf Bundesebene.

Ausgehend von den Zahlen des Generalverkehrsplans 1995 hat das Land im Umweltplan angestrebt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs bis 2005 um 10% (bezogen auf 1987) zu verringern. Aufgrund neuerer Erkenntnisse in der Fünf-Jahres-Bilanz zur Umsetzung des Generalverkehrsplans hält die Landesregierung im Verkehrssektor eine deutliche CO<sub>2</sub>-Reduktion erst zu einem späteren Zeitpunkt für möglich.

*I. 4. wie sie es angesichts des bisherigen Scheiterns ihrer Klimaschutzpolitik verantworten kann, dass zwei wesentliche Eckpfeiler ihres Maßnahmenkatalogs, nämlich das „Energiesparprogramm Altbau“ und das „Demonstrationsprogramm zur rationellen Energienutzung“, in den letzten Jahren drastisch zusammengestrichen wurden;*

Zu I. 4.:

Die Notwendigkeit, den Landeshaushalt zu konsolidieren, wirkt sich auf nahezu alle ausgabenrelevanten Politikbereiche aus. Davon konnte auch das „Energieeinsparprogramm Altbau“ nicht ausgenommen werden. Zusätzliche Mittel, die für die energetische Modernisierung der Altbausubstanz eingesetzt werden können, stehen nicht zur Verfügung. Deshalb mussten die Konditionen für das „Energieeinsparprogramm Altbau“ im Programmjahr 2004 geändert werden. Die Zinsver-

billigung beträgt in diesem Jahr 1 vom Hundert gegenüber dem Endkreditnehmeratz der L-Bank (Refinanzierung aus dem CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau), in den Vorjahren betrug die Zinsverbilligung noch 2 vom Hundert. Eine Verbesserung der Konditionen ist auf der Grundlage des gegenwärtig zur Verfügung stehenden Fördervolumens nicht denkbar.

Das Förderprogramm für Demonstrationsvorhaben zur rationellen Energieverwendung des Wirtschaftsministeriums musste aufgrund der fortdauernden Einsparzwänge im Landeshaushalt ebenso wie alle anderen Technologieförderprogramme anteilige Einsparbeiträge leisten. Demzufolge können derzeit allenfalls noch bereits eingegangene Verpflichtungen aus diesem Förderprogramm abgedeckt werden.

*I. 5. welche Mittel in den Klimaschutzprogrammen des Landes aktuell zur Verfügung stehen und inwieweit diese Mittel ausreichen, um alle eingehenden Anträge zu bedienen;*

Zu I. 5.:

Im Rahmen des Förderprogramms „Klimaschutz-Plus“ steht im Jahr 2004 für neue Maßnahmen im kommunalen CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm ein Bewilligungsvolumen von knapp 6,1 Mio. € zur Verfügung. Die in diesem Jahr eingegangenen Anträge belaufen sich auf ein Zuschussvolumen von ca. 9,5 Mio. €. Es steht bereits fest, dass nicht alle Anträge bedient werden können. Die im Jahr 2004 für das allgemeine CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 4 Mio. € werden voraussichtlich ausreichen. Für die Bezuschussung von EnergieSparChecks sind im Jahr 2004 0,4 Mio. € vorgesehen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass damit rund 90 % aller durchgeführten EnergieSparChecks unterstützt werden können.

Im Bereich des Förderprogramms „Energieholz Baden-Württemberg“ sind alle für das Jahr 2004 zur Verfügung stehenden Mittel für die Förderung von Holzhackschnitzelanlagen (1,5 Mio. €) durch entsprechende Investitionen belegt. Noch vorliegende und eingehende Anträge können daher nicht bewilligt werden. Nach dem derzeitigen Stand wären – vorbehaltlich einer abschließenden Antragsprüfung durch die Forstdirektion Freiburg (Bewilligungsstelle) – für diese vorliegenden Anträge und angekündigten Maßnahmen zusätzliche Fördermittel in Höhe von ca. 0,9 Mio. bis 1,0 Mio. € erforderlich.

Im Bereich des Förderprogramms im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarinvestitionsförderungsprogramm“, mit dem u. a. Investitionen der Landwirtschaft im Bereich Biogasproduktion und energetische Nutzung fester Biomasse gefördert werden, stehen derzeit noch Mittel beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zur Verfügung.

Für das „Energieeinsparprogramm Altbau“ des Wirtschaftsministeriums stehen im Programmjahr 2004 Fördermittel in Höhe von 1,25 Mio. € zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Mitteln des Staatshaushaltsplans in Höhe von 750.000 € und Restmitteln aus den Programmen der Vorjahre in Höhe von 500.000 €. Die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zum Altbaumodernisierungsprogramm wurde am 30. Juli 2004 veröffentlicht. Es ist damit zu rechnen, dass alle eingehenden Anträge bedient werden können.

Im Programm „Demonstrationsvorhaben“ des Wirtschaftsministeriums können nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsplanungen keine neuen Anträge mehr bedient werden.

*I. 6. inwieweit die Landesregierung die Meinung teilt, dass eine ökologische Steuerreform die Rahmenbedingungen für einen rationelleren Energieeinsatz und damit für die Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verbessern kann, und was sie in dieser Hinsicht initiieren wird;*

Zu I. 6.:

Die Landesregierung lehnt die von der Bundesregierung beschlossene sog. „Ökologische Steuerreform“ ab. Die Verbindung von Beschäftigungszielen mit einer Umweltsteuer hat nachweislich nicht funktioniert. Die zahlreichen Ausnahme-

regelungen sowie die fehlende wirksame Differenzierung anhand des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes haben gleichzeitig die ökologische Lenkungswirkung stark abgeschwächt. Die Ökosteuer hat sich damit als wirtschaftlich verfehlt, ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht erwiesen.

Die Landesregierung wird sich aus diesen Gründen auch in Zukunft für die Abschaffung der Ökosteuer in der bestehenden Form einsetzen. Stattdessen wird eine aufkommens- und wettbewerbsneutrale, europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe angestrebt. Baden-Württemberg hat sich bereits im Umweltplan für eine europaweite CO<sub>2</sub>- bzw. Energiesteuer eingesetzt und wird dies auch in Zukunft tun.

*I. 7. welche Initiativen die Landesregierung bislang mit dem Ziel die Energieeffizienz zu steigern und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken auf den Weg gebracht hat und inwieweit daran gedacht ist, weitere Maßnahmen zu ergreifen;*

Zu I. 7.:

Die Energieproduktivität liegt in Baden-Württemberg bereits um ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt. Die Landesregierung misst auch weiterhin Maßnahmen zur Verringerung der Energienachfrage (Energiesparen) und zur Verbesserung der Energieeffizienz eine erhebliche Bedeutung bei. Dies betrifft insbesondere die Sektoren Gebäude, Haushalte, Gewerbe, Industrie und Verkehr, aber auch die schulische Bildung und den Bereich der Beratung und Kommunikation.

Im Rahmen des Förderprogramms „Klimaschutz-Plus“ wurde das Teilprogramm „Beratungs- und Bildungsprogramm Energieeffizienz und Klimaschutz“ eingeführt. Innovative Vorhaben mit langfristiger Bedeutung für den Klimaschutz, die insbesondere die Verbesserung der Energieeffizienz ermöglichen, werden im Teilprogramm „Modellprojekte Klimaschutz“ gefördert.

Die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (KEA) setzt insbesondere bei Kommunen, Kirchen und Wohnbaugesellschaften wesentliche Impulse für einen rationelleren Umgang mit der Energie, beispielsweise durch Einführung effizienter Energiemanagement-Systeme. Beispiele für vom Land unterstützte Projekte sind ein gemeinsam mit einem regionalen Umweltschulungszentrum der Wirtschaft (Modell Hohenlohe) installierter „Energieeffizienztisch“ und die Teilnahme an der Informationskampagne der Deutschen Energieagentur (dena) zur Vermeidung von Stand-by-Verlusten, die in Baden-Württemberg von der KEA umgesetzt wird.

Das Informationszentrum Energie des Landesgewerbeamts, jetzt integriert in das Wirtschaftsministerium, hat in Zusammenarbeit mit Kammern, Verbänden und Einrichtungen der Wirtschaft Ende 2003 die Landesinitiative zur Verbesserung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen (LIVE) begründet.

Ziele der landesweiten Initiative sind:

- Wirtschaftsorganisationen und andere Institutionen mit deren Dienstleistungen zusammenzuführen,
- fundierte Informationen über die Möglichkeiten einer effizienten Energienutzung in kleinen und mittleren Unternehmen bereitzustellen,
- Multiplikatoren wie Planer, beratende Ingenieure, Architekten und Berater bei Organisationen sowie die Dienstleister von Handwerk, Industrie und Handel zur Mitwirkung zu gewinnen,
- um damit kleine und mittlere Unternehmen anzuregen, Energiekosten zu senken und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Die bisher eingeleiteten zentralen und regionalen Aktivitäten lassen erwarten, dass durch verstärkte Motivation, Information und Qualifizierung von Fach- und Führungskräften die Energieeffizienz in den Unternehmen in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Hinweise zur Landesinitiative LIVE können im Internet unter [www.wirtschaftsinformationen-bw.de/Energie](http://www.wirtschaftsinformationen-bw.de/Energie) abgerufen werden. Unter dieser Adresse sind auch die bisherigen Aktivitäten des Informationszentrums Energie, beispielsweise zur Energie- und Förderberatung, einschließlich der vorliegenden Informationsschrif-

ten zur rationellen Energieverwendung bzw. Energieeffizienz eingestellt. Ein Leitfaden „Beispiele zur Energieeffizienz in Unternehmen“ ist in Vorbereitung.

*II. dem Landtag endlich den Entwurf eines Klimaschutzprogramms vorzulegen, das geeignet ist, die im Umweltplan verankerten Ziele auch tatsächlich zu erreichen.*

Zu II.:

Die Landesregierung wird voraussichtlich im Herbst 2004 eine neue Klimaschutzkonzeption verabschieden.

Mappus

Minister für Umwelt und Verkehr